

Die Trump Regierung kämpft, die drakonischen Klimavorschriften und -richtlinien der EU zu beenden

geschrieben von Andreas Demmig | 3. Januar 2026



Audrey Streb, DCNF-Energiereporterin, 19. August 2025

Obwohl die Trump-Regierung im Juli ein bedeutendes Handelsabkommen mit der EU abschloss, das dem amerikanischen Energiesektor zugutekam, erhebt die EU laut einigen Energieexperten weiterhin eine Reihe von Klimavorschriften und -richtlinien, die die US-Energiekosten in die Höhe treiben. Branchenkenner erklärten gegenüber dem DCNF, die Trump-Regierung sei in der Lage, die EU zu einem faireren Handelsumfeld zu drängen und die Belastungen für den amerikanischen Energiesektor zu verringern.

„Es bedarf des Drucks der Trump-Regierung in den Handelsverhandlungen, um die EU dazu zu bewegen, von diesen extraterritorialen Regelungen abzurücken, die amerikanischen Unternehmen, darunter auch US-amerikanischen Öl- und Erdgasproduzenten, auferlegt werden“, sagte Aaron Padilla, Vizepräsident für Unternehmenspolitik beim American Petroleum Institute (API), gegenüber dem DCNF. „Die EU sollte es Unternehmen nicht erschweren, die benötigte Energie für ihre Kunden bereitzustellen.“

Experten und Branchenkenner des Energiesektors verwiesen insbesondere auf die Richtlinie zur Stärkung der Resilienz kritischer Infrastrukturen (CER), die EU-Methanverordnung und die Richtlinie zur unternehmerischen Nachhaltigkeitsprüfung (CSDDD). Die CSDDD verpflichtet Unternehmen zu einem Plan für den Übergang zu Netto-Null-Emissionen, die EU-Methanverordnung legt der Öl- und Gasindustrie zusätzliche, strenge Emissionsstandards auf, und die CER verlangt von Unternehmen die Meldung einer Vielzahl von Risiken, was laut Branchenkennern zu einem erhöhten bürokratischen Aufwand führt.

Trump drohte der EU mit Zöllen, um sie zum Kauf von amerikanischem Öl und Gas zu bewegen, und ein Teil des großen Handelsabkommens vom Juli verpflichtete die EU, bis 2028 amerikanische Energie im Wert von 750 Milliarden Dollar zu kaufen .

„Die Regierung arbeitet weiterhin daran, Handelshemmnisse für alle amerikanischen Branchen mit unseren Handelspartnern abzubauen, und

die Zusagen der EU, Japans, Südkoreas und anderer Länder, in den nächsten Jahren amerikanische Energie im Wert von Hunderten von Milliarden Dollar zu kaufen, spiegeln wider, wie Präsident Trump seine Agenda des fairen Handels und des unermüdlichen Förderns von Rohstoffen umsetzt“, sagte der Sprecher des Weißen Hauses, Kush Desai, gegenüber dem DCNF.

Die Energieexpertin Tammy Nemeth erklärte gegenüber dem DCNF, dass die Klimavorschriften und -richtlinien für ausländische Öl- und Gasunternehmen eine Belastung darstellen. Nemeth argumentiert, dass diese Vorschriften die Kosten für US-Unternehmen und die amerikanische Bevölkerung erhöhen, da Firmen, die in der EU Geschäfte machen wollen, mit einem hohen bürokratischen Aufwand zu kämpfen haben und einen Plan für den Übergang zur Klimaneutralität umsetzen müssen. Die genauen Kosten seien zwar schwer abzuschätzen, so Nemeth, aber die Einhaltung der EU-Klimavorschriften und -richtlinien könne erhebliche Zusatzkosten verursachen.

„Wenn Unternehmen diese nichttarifären Handelshemmnisse unvoreingenommen betrachten, werden sie erkennen, dass sie die Unterstützung der Regierung benötigen, um einige dieser Hemmnisse abzubauen. Denn wenn die Kosten für die Einhaltung der Vorschriften um 10 bis 30 % steigen, müssen sie diese Kosten weitergeben – nicht nur an ihre Exportländer, sondern auch an die Kunden im Inland, da sie das gesamte Unternehmen belasten“, erklärte Nemeth gegenüber dem DCNF. „Diese nichttarifären Handelshemmnisse könnten daher die Kosten für amerikanische Unternehmen erhöhen und nicht nur die der Europäer, da all diese bürokratischen Strukturen innerhalb der Unternehmen aufgebaut werden müssen. Diese Kosten müssen entweder selbst getragen oder auf irgendeine Weise weitergegeben werden.“

Wenn sich amerikanische Öl- und Gasunternehmen entscheiden, die Klimavorschriften nicht einzuhalten, können ihnen hohe Geldstrafen drohen oder sie werden im Wesentlichen aus dem Handel mit der EU gedrängt, sagte Nemeth.

„Das ist wirklich absurd“, sagte Nemeth und merkte an, dass die EU bereits jetzt einen erheblichen bürokratischen Aufwand und umfangreiche Umweltberichterstattung vorschreibt. Nemeth fügte hinzu, dass all diese Berichterstattung Unternehmen auch Umweltklagen aussetzen kann.

Das American Petroleum Institute (API) hat die Energiepolitik von Präsident Donald Trump im Allgemeinen unterstützt und seine Entscheidung vom April, Öl und Gas von neuen Gegenzöllen auszunehmen, begrüßt. Der Branchenverband argumentiert jedoch, dass es nun an der Zeit sei, die EU zum Abbau ihrer nichttarifären Handelshemmnisse zu bewegen. Das API habe die Trump-Regierung aufgefordert, über die nichttarifären Handelshemmnisse der EU, darunter die CSDDD und die EU-Methanverordnung, zu verhandeln, um die Belastungen für amerikanische Öl- und

Gasunternehmen, die in der EU Geschäfte machen wollen, zu verringern, erklärte Padilla.

US-Außenminister Marco Rubio wies am Dienstag den Netto-Null-Rahmen der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation (IMO) zurück und erklärte, die USA würden „keine Maßnahmen dulden, die die Kosten für unsere Bürger, Energieversorger, Reedereien und deren Kunden oder Touristen erhöhen“.

Ein EU-Beamter teilte dem DCNF mit, dass die Verhandlungen mit den USA noch andauern, allerdings würden jegliche Änderungen der EU-Gesetzgebung eine nicht verhandelbare Grenze für die EU darstellen.

Die Energiekosten bereiten europäischen Politikern seit dem Preisanstieg im Jahr 2022 große Sorgen. Dieser Anstieg traf die europäischen Volkswirtschaften infolge des russischen Einmarsches in die Ukraine und der militärischen Instrumentalisierung der Erdgasversorgung.

Die europäische Kommission setzt sich trotz der hohen Strompreise und der Instabilität der Stromnetze für eine grüne Energiewende ein

Es ist bemerkenswert, dass mehrere europäische Länder in jüngster Zeit ihre Anti-Atomkraft-Versprechen überdacht oder revidiert haben, um nach einer nachhaltigen Energiequelle zu suchen.

„Wir sagen den Europäern: Diese nichttarifären Handelshemmnisse sind unnötig. Sie werden lediglich dazu führen, dass es für Europäer teurer und schwieriger wird, die benötigte Energie aus den USA zu importieren. Man sollte nicht den Ast absägen, auf dem man sitzt“, sagte Padilla. „Sie brauchen Öl und Erdgas aus den USA, insbesondere nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine. Erschweren Sie es also nicht, diese Energie aus den USA zu beziehen.“

Nemeth und andere Energiepolitikexperten argumentierten, dass diese nichttarifären Handelshemmnisse den Öl- und Gasunternehmen der EU zugutekommen und amerikanische Unternehmen davon abhalten, auf dem europäischen Markt zu konkurrieren.

„Jahrelang hat die Europäische Union ihre Handelspolitik als Hintertür genutzt, um amerikanischen Unternehmen ihre Klimaagenda aufzuzwingen. Bei ihren Berichtspflichten und CO₂-Zöllen geht es nicht um den Schutz des Planeten, sondern um die Kontrolle der Märkte und die Schwächung der Konkurrenz“, erklärte Jason Isaac, CEO und Gründer des American Energy Institute, gegenüber dem DCNF.

„Während Präsident Trump mit der EU verhandelt, muss die Abschaffung dieser Vorschriften oberste Priorität haben. Die Vereinigten Staaten sollten die Bedingungen festlegen und nicht zulassen, dass europäische Bürokraten die amerikanische Energiewirtschaft bestrafen.“

Alle Inhalte der Daily Caller News Foundation, einem unabhängigen und überparteilichen Nachrichtendienst, stehen seriösen Medienunternehmen mit großer Reichweite kostenlos zur Verfügung. Alle wiederveröffentlichten Artikel müssen unser Logo, den Namen des/der jeweiligen Reporters/Reporterin und dessen/deren Zugehörigkeit zur DCNF enthalten. Bei Fragen zu unseren Richtlinien oder einer möglichen Partnerschaft kontaktieren Sie uns bitte unter licensing@dailycallernewsfoundation.org.

<https://dailycaller.com/2025/08/19/how-trump-end-europes-reign-terror-american-oil-gas/>

Links in obigem Original – d.h., auch in USA wird die Entwicklung in der EU beobachtet

Das Stromnetz der EU benötigt eine Billionen-Dollar-Modernisierung, um Stromausfälle nach spanischem Vorbild zu verhindern.

Von Nina Chestney, 6. Mai 2025

Zusammenfassung

- Das Wachstum der Wind- und Solarenergie in der EU übertrifft den Netzausbau.
- Die EU-Netzinfrastruktur ist veraltet, es werden mehr Verbindungen benötigt
- Um die Netzstabilität zu gewährleisten, ist mehr Energiespeicherung erforderlich.

<https://www.reuters.com/sustainability/climate-energy/eu-power-grid-needs-trillion-dollar-upgrade-avert-spain-style-blackouts-2025-05-05/>

Energie und der Green Deal

Energiewende

Auf die Erzeugung und den Verbrauch von Energie entfallen **mehr als 75 % der Treibhausgasemissionen der EU**. Zur Erreichung unserer Klimaziele für 2030 und der Klimaneutralität bis 2050 müssen wir das Energiesystem der EU daher unbedingt dekarbonisieren.

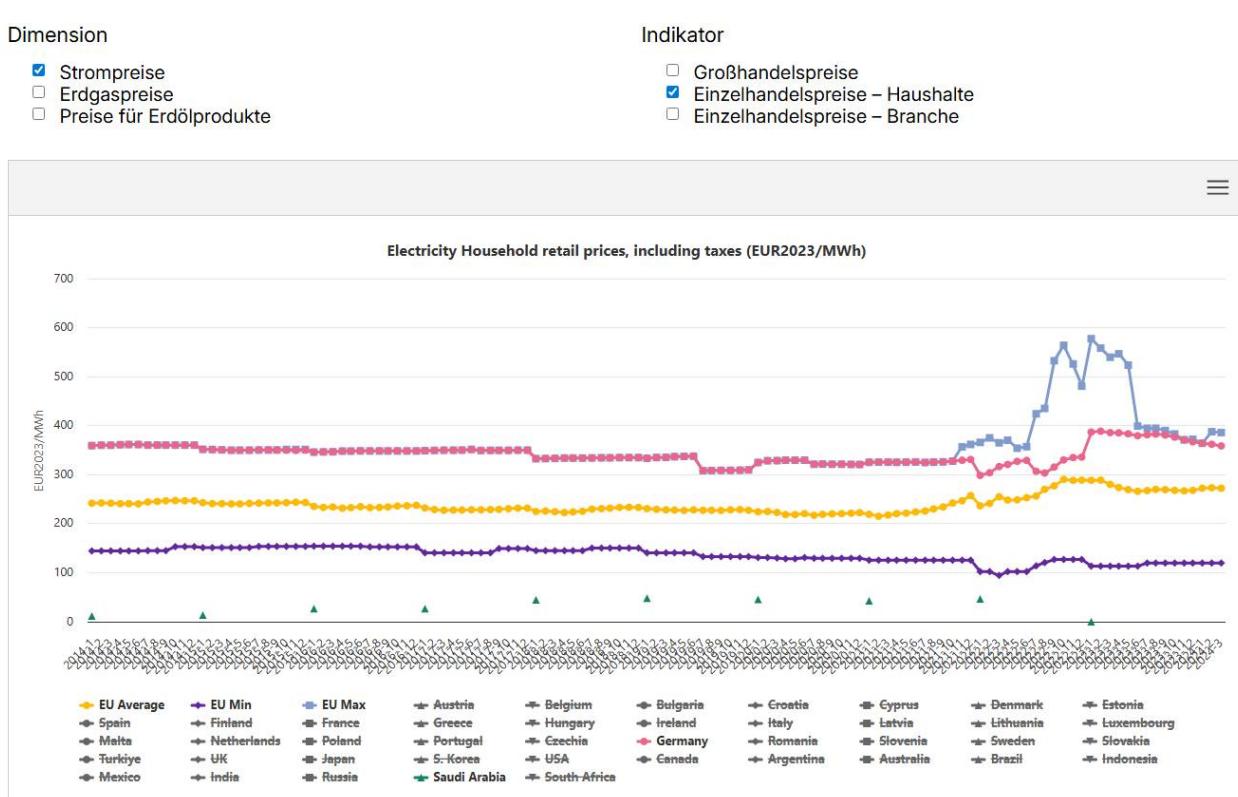
Der europäische Grüne Deal konzentriert sich beim Übergang

... Der Europäische Grüne Deal konzentriert sich auf drei Schlüsselprinzipien für die Energiewende, die dazu beitragen werden, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die Lebensqualität

unserer Bürger zu verbessern:

1. Gewährleistung einer **sicheren** und **bezahlbaren Energieversorgung in der EU**
 2. Entwicklung eines **vollständig integrierten, vernetzten und digitalisierten EU-Energiemarktes**
 3. **Energieeffizienz priorisieren**, die **Energieeffizienz unserer Gebäude** verbessern und einen Energiesektor entwickeln, der weitgehend auf **erneuerbaren Energien basiert**

https://commission.europa.eu/topics/energy/energy-and-green-deal_en



Obige Grafik ist interaktiv. Hier sind die maximalen Strompreise in der EU zu sehen, fast immer deckungsgleich mit den Kosten für Deutschland (rote Linie)

https://energy.ec.europa.eu/data-and-analysis/energy-prices-and-costs-europe/dashboard-energy-prices-eu-and-main-trading-partners-2024_en